

Harald Christ · Friedrichstraße 200 · D-10117 Berlin



Harald Christ

Anpacken. Für den Mittelstand.

**Mitglied im Team Frank-Walter Steinmeier
für den Bereich Mittelstandspolitik**

Friedrichstraße 200
D-10117 Berlin

Hotline 01520.6595779
Presse 01520.6601907

Fax 030.767752455
team@harald-christ.de
www.harald-christ.de

Berlin, 23. September 2009

Sofort-Programm für den Mittelstand

von Harald Christ, im Team Steinmeier zuständig für den Mittelstand

Der Mittelstandsbeauftragte: Mittelstandspolitik wird Querschnittsaufgabe

Vor dem Hintergrund der globalen Krise und ihren ökonomischen und fiskalischen Folgewirkungen verlangen alle wirtschaftspolitischen Anstrengungen ein neues Maß an Effizienz.

Nahezu alle Ressorts haben direkte oder mittelbare Bedeutung für den Mittelstand. Neben dem Ministerium für Wirtschaft sind insbesondere Bildung und Forschung, Arbeit, Finanzen und Umwelt involviert. Im Kanzleramt selbst werden zukünftig durch einen Beauftragten für den Mittelstand die Maßnahmen der Ressorts in neuer Qualität aufeinander abgestimmt, um Reibungsverluste, verlangsamte Entscheidungsprozesse, Mehrfachförderungen und Kompetenzgerangel zu vermeiden.

Der Mittelstandsbeauftragte wird zudem dafür sorgen, dass die Situation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Wirtschaftspolitik stärker berücksichtigt wird. Mit ihm wird es künftig einen Ansprechpartner in der Bundesregierung geben, der ständig mit der mittelständischen Wirtschaft in Verbindung steht.

Task Force Mittelstand

Wir werden eine „Allianz für den Mittelstand“ schmieden. Wir wollen Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken an einen Tisch holen und unmittelbar im Bundeskanzleramt eine Task Force einrichten.



Als Sofortmaßnahme unmittelbar nach Antritt der neuen Bundesregierung lädt das Kanzleramt unter Federführung des Beauftragten für Mittelstand zur ersten Mittelstandskonferenz, die folgende Themen diskutiert und bewertet:

- Kreditversorgung der Unternehmen
- Wirkung der beiden ersten Konjunkturprogramme
- Optimierung der staatlichen Förderprogramme
- Bürokratieabbau
- Innovationsförderung
- Bildung, Ausbildung, Weiterbildung
- Nachfolgeregelung bei Unternehmen
- Fachkräftemangel

Die Ergebnisse der Konferenz sollen in das 100-Tage-Programm des Mittelstandsbeauftragten und der neuen Bundesregierung einfließen.

Sofortmaßnahmen gegen die Kreditklemme

Die Wirkung der Geldpolitik, die mit einem sehr niedrigen Leitzins in der Krise die Wirtschaft mit günstigen Darlehen versorgen will, verpufft derzeit für die Realwirtschaft. Prognosen zu Folge sinkt die Kreditsumme um 13 Prozent im nächsten Quartal.

Besonders kleine und mittelständische Unternehmen könnten Liquiditätsschwierigkeiten bekommen. Bei jedem siebten mittelständischen Unternehmen (15%) würde eine sechsmonatige Fortdauer der Krise zu existentiellen Problemen führen. Nur jedes dritte Unternehmen sieht sich derzeit gefeit gegen die Auswirkungen der Krise. Ein Ende der Krise sehen die Mittelständler erst Mitte 2011.

Die Wirtschaftspolitik hat sich in den letzten Monaten als zunehmend realitätsfern erwiesen. Schon lange war die Zurückhaltung der Banken im Mittelstand spürbar, als die Politik noch immer darüber diskutierte, ob von einer Kreditklemme überhaupt die Rede sein könne. Mittelstandspolitik braucht mehr Praxisnähe, um schneller auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.

Die Bundesregierung hat zwar inzwischen wichtige Maßnahmen ergriffen, um einer Kreditklemme entgegen zu wirken. Weitere Schritte sind allerdings zu prüfen.

- Die Umschichtung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm zugunsten von Globaldarlehen, die die KfW an Banken zur Weitergabe an die Wirtschaft vergibt, ist richtig. Allerdings macht die zur Verfügung stehende Summe etwa nur ein Prozent der Kredite aus, mit denen Unternehmen und Selbstständige bei den Banken in den Büchern stehen. Wenn die Engpässe fortbestehen, sind weitere Maßnahmen notwendig: Dazu gehören, die Erhöhung des Rahmens der Globaldarlehen und Staatshilfen für Kreditversicherer ebenso wie die Überprüfung der Möglichkeiten der Direktvergabe von Krediten durch die KfW.

- Die KfW ist mit Blick auf die Abwicklung künftiger Kredit- und Förderprogramme personell und organisatorisch besser auszustatten. Eine Direktvergabe durch die KfW ist zu prüfen, sollte das Bankensystem die Aufgabe der angemessenen Liquiditätsversorgung des Mittelstandes nicht optimal leisten können.
- Deutschland hat einen Nachholbedarf bei kleinen Unternehmensdarlehen. 60 Prozent der Kleinunternehmen müssen ohne Bankkredite wirtschaften. Das ist im internationalen Vergleich ein hoher Prozentsatz. Arbeitsminister Scholz hat ein Fonds-Modell vorgestellt, das auch kleinen Unternehmen mit geringen Sicherheiten einen Kredit ermöglicht. Auch für Unternehmensgründungen ist dieses Finanzierungsmodell interessant. Es ist zu prüfen, ob zusätzliche Mittel durch gemeinsames Engagement von staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Kreditgebern bereitgestellt werden können. Ebenso sind die Rahmenbedingungen für Mikrokredite auch für bereits bestehende Unternehmen zu verbessern.
- Die Banken müssen verpflichtet werden, sich angemessen an der Stabilisierung des Finanzmarktes zu beteiligen. Im Zielkonflikt zwischen einer besseren Versorgung der Banken mit Eigenkapital und der Kreditvergabe hat in der Wirtschaftskrise die Versorgung der Realwirtschaft mit Liquidität Priorität. An zweiter Stelle steht die Konsolidierung durch eine Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken. Bevor Gewinne ausgeschüttet werden, müssen die Banken zunächst eine stabile Risikovorsorge und Eigenkapitalquote nachweisen.
- Ein Ombudsmann wird zwischen KfW, Unternehmen und Banken vermitteln. Er hat die Aufgabe, schnell und unbürokratisch zu helfen, wenn Unternehmen krisenbedingt in Liquiditätsengpässe geraten.
- Arbeitnehmerbeteiligung kann zum entscheidenden Faktor bei der Sanierung eines Unternehmens werden: Mitarbeiter verzichten auf Teile ihrer Gehälter und erhalten im Gegenzug Unternehmensanteile. Sie nehmen dabei die Funktionen eines Kreditgebers ein, wenn Banken nicht ausreichend Kapital zur Verfügung stellen. Das muss steuerlich noch mehr begünstigt werden. Die derzeitige rechtliche Regelung ist nicht ausreichend. Mit dem von Peer Steinbrück und Olaf Scholz eingebrachten und verabschiedeten Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz sind hier wichtige Weichenstellungen erfolgt. Es ist zu prüfen, ob darüber hinaus für kleinere Unternehmen besondere Regelungen erforderlich sind, z.B. eine bessere Absicherung der Beschäftigten im Falle einer Insolvenz.

Forschung und Innovation

Der Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier ist eine Strategie für einen neuen Innovationsschub in der deutschen Industrie. Dafür brauchen wir nicht nur eine innovative Großindustrie, sondern auch Forschung im Mittelstand. Die Forschungsausgaben im Mittelstand sind krisenbedingt stark rückläufig und müssen wieder stimuliert werden: Studien belegen, dass Unternehmen, die in der Rezession in Forschung investieren, danach wirtschaftlich besser dastehen. Die bestehende projektbezogene Forschungsförderung ist für die meisten kleineren Unternehmen nicht attraktiv.

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen deshalb durch so genannte „tax credits“ für mittelständische Unternehmen steuerlich gefördert werden. Damit kann man 35.000 Unternehmen erreichen.
- Zur Umsetzung von Innovationen in Produkte ist geeignetes Wagniskapital entscheidend. Das gilt vor allem für kleinere Unternehmen und Neugründungen. Erfolgversprechend sind technologieorientierte Wagniskapitalfonds, die von etablierten Unternehmen aufgelegt werden. Das Wagniskapitalbeteiligungsgesetz ist im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele zu überprüfen.
- Bestimmte ausgewählte Zukunftstechnologien sollen gezielt gefördert werden. Ein Forschungsinstitut für Energiespeichertechnik soll gegründet werden.
- Im nächsten Schritt kommt es aber darauf an, die Wissenschafts- und Forschungspotenziale stärker mit der Wirtschaft zu verknüpfen. Hier helfen Netzwerkansätze, die den Wissenstransfer beschleunigen. Wir brauchen daher ein flächendeckendes Wissensnetzwerk, in dem Kompetenzzentren, Innovations-Hubs, Offene Hochschulen und Bildungseinrichtungen miteinander verbunden sind.

Bürokratieabbau

Die Bundesregierung hat bereits einige Anstöße gegeben, Statistik- und Berichtspflichten abzubauen. Davon sind aber überwiegend größere Unternehmen betroffen. Kleine Unternehmen wie Handwerksbetriebe klagen beispielsweise über großen bürokratischen Aufwand bei der Mitarbeiterverwaltung und bei öffentlichen Vergabeverfahren. Wir brauchen einen Bürokratieabbau, der sich am Bedarf der KMU orientiert.

- Ausschreibungen müssen möglichst unbürokratisch gestaltet werden. Um auch kleinen Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilungen den Zugang zu ermöglichen, muss die ausschreibende Stelle bei Verfahrensfragen Unterstützung leisten.
- Es ist zu prüfen, inwieweit die öffentlichen Ämter bei Verwaltungsvorgängen die Unternehmen entlasten können.
- Die Behörden müssen sich als Dienstleister verstehen: Nicht das Durchsetzen von formalen Vorgaben, sondern die Unterstützung in der Abwicklung muss die Aufgabe des Amtes sein.
- Wo es möglich ist, müssen Verwaltungsvorgänge gebündelt werden. Der Unternehmer muss möglichst viel mit möglichst wenig Behörden abwickeln können.
- Dieser Grundsatz muss auch bei Unternehmensgründungen gelten: Das Prinzip des one-stop-shops muss flächendeckend durchgesetzt werden.
- Antragsfristen müssen kürzer werden. Es ist zu prüfen, wo ein Antrag als genehmigt gelten kann, wenn er nicht in einer bestimmten Frist bearbeitet wurde.

Wohnungswirtschaft

- Die Wohnungsbauförderung ist stärker auf Wohnungsmodernisierung auszurichten.
- Zur Belegung der Wohnungswirtschaft sollte energetische Modernisierung noch besser steuerlich gefördert werden.
- Eine höhere Absetzbarkeit von Instandhaltungsmaßnahmen käme dem Handwerk zu gute und trüge zur Bekämpfung der Schwarzarbeit bei.

Fachkräftemangel

Beim Mittelstandsbeauftragten wird ein Frühwarnsystem gegen Fachkräftemangel eingerichtet. Sobald sich ein Mangel an bestimmter Qualifikation abzeichnet, muss reagiert werden. Die Kapazitäten und die Ausrichtung der Ausbildungs- und Studiengänge müssen entsprechend schnell angepasst werden.

- Die SPD will 200 neue Professuren in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik ("MINT") schaffen.
- Gemeinsam mit Praktikern aus der Wirtschaft ist ein Verfahren zu entwickeln, das eine schnelle bedarfsgenaue Umschulung und Weiterbildung ermöglicht. Ziel sollte sein, innerhalb von höchstens einem Jahr die gesuchte Fachqualifikation unterhalb der akademischen Ebene praxisnah als Fortbildung oder Umschulung zu vermitteln. Der Mittelstandsbeauftragte wird gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit für eine zielgenaue Vermittlung und Qualifizierung sorgen. Die Bundesagentur für Arbeit muss in die Lage versetzt werden, der Wirtschaft zu unterstützen.
- In der Informations- und Telekommunikations-Branche (ITK-Branche) droht bereits ein Mangel an Fachkräften, der sich negativ auf den Standort Deutschland auswirkt. Wir wollen die Gründung einer Software-Hochschule noch im Jahr 2010 verwirklichen. Die Einrichtung von Instituten auf Basis einer Public-Private-Partnership, prüfen und unterstützen. Ziel soll es sein gemeinsam mit ITK-Unternehmen ein Anforderungsprofil für eine neue Hochschule zu entwickeln. Als herausragende Vorbilder für eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft sind die Telekom Laboratories (eine Kooperation der TU Berlin und der Deutschen Telekom) und das Hasso-Plattner-Institut für Systemtechnik GmbH an der Uni Potsdam.